

CORONA TRIFFT ARME EXTRA HART - SOFORTHILFEN JETZT!

STIMMEN DER UNTERSTÜTZER*INNEN DES AUFRUFS

Der Paritätische Gesamtverband, Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer

„Die Krisenbewältigung der Bundesregierung ist und bleibt ein armutspolitisches Trauerspiel. Was bisher an Hilfe auf den Weg gebracht wurde, lindert die Not der Menschen kaum. Wir werden weiter Druck machen, bis diese Bundesregierung endlich etwas für die Armen tut, das wirklich Substanz hat. Arm sein ist teuer, Symbolpolitik können wir uns nicht mehr leisten.“

Diakonie Deutschland - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik

„Durch die Corona-Krise sind viele Menschen in Deutschland in existentielle Not geraten. Der Regelsatz reicht vorne und hinten nicht aus. Im Lockdown fallen viele Notfallhilfen und günstige Einkaufsmöglichkeiten weg. Und es fallen zusätzliche Kosten für Beschäftigung, Ernährung, Homeschooling und Hygieneartikel an. Von Armut Betroffene brauchen kein einmaliges Trostpflaster von 150 Euro, sondern einen verlässlichen Krisenzuschlag von monatlich 100 Euro pro Person für die Dauer der Pandemie.“

Sozialverband Deutschland, Adolf Bauer, Präsident

„Die Covid-19-Pandemie hat die finanzielle Situation von Millionen Menschen, die ohnehin am oder unter dem Existenzminimum leben, noch deutlich verschärft. Wir dürfen nicht zulassen, dass sozial benachteiligte Menschen durch und in der Corona-Pandemie weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Menschen, die eine Grundsicherung beziehen, brauchen jetzt einen Zuschlag von 100 Euro, um die zusätzlichen Kosten infolge der Corona-Pandemie bestreiten zu können.“

Volkssolidarität Bundesverband, Susanna Karawanskij, Präsidentin

„Das Existenzminimum ist ohnehin defizitär berechnet und sichert nicht ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie gehen vor allem zulasten armer und von Armut bedrohter Menschen, die spätestens jetzt unserer gemeinschaftlichen Solidarität bedürfen.“

Campact e.V., Christoph Bautz, Geschäftsführer

„Wer bei Staatshilfen für Großkonzerne klotzt, sollte nicht gerade bei den Ärmsten kleckern, die Hilfe am nötigsten haben. Zumal solche Nothilfen sofort wieder ausgegeben werden und damit wohl auch das effektivste Programm zur Stützung der Wirtschaft wären.“

Deutscher Kulturrat e.V., Olaf Zimmermann, Geschäftsführer

„Der Kulturbereich ist extrem stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen, aber wir wissen, die Ärmsten in unserem Land trifft es noch ungleich härter. Hier muss endlich geholfen werden, ohne wenn und aber.“

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Marlis Tepe, Vorsitzende

„Soforthilfen jetzt: Ohne Unterstützung werden benachteiligte Kinder täglich weiter abgehängt. Politik muss handeln – und nicht nur Sonntagsreden halten.“

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschland, Andreas Luttmer-Bensmann, Bundesvorsitzender

„Die Situation derjenigen, die in unserer Gesellschaft ausgegrenzt und abgehängt sind, ist ein Skandal. In der Corona-Pandemie sind diejenigen völlig vergessen worden, die von Hartz-IV oder Grundsicherung leben müssen. Das ist an Zynismus nicht zu überbieten. Hilfe tut jetzt Not.“

foodwatch e.V., Martin Rücker, Geschäftsführer

„Es gilt als wissenschaftlich evident, dass die Hartz-IV-Sätze schon unter Normalbedingungen nicht ausreichen, um eine gesunde Ernährung zu finanzieren. Die Pandemie trifft Menschen in Armut zusätzlich: Die Ernährungsarmut vergrößert sich, Kindern werden Entwicklungschancen genommen. Die Bundesregierung muss jetzt handeln – denn eine ausgewogene Ernährung muss für alle finanzierbar sein!“

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V. Heinz Hilgers, Präsident

„Arme Kinder werden beim Distanzunterricht abgehängt. Ich halte es für einen Skandal, dass diese Kinder durch mehrere Instanzen hindurch klagen müssen, bis die Bundesagentur für Arbeit ihnen den Kauf eines Laptops finanziert. Laptops sind Lernmittel wie Schulbücher. Jede Schülerin, jeder Schüler muss Zugang dazu haben – erst Recht in der Pandemie. Im harten Lockdown entfällt zudem für viele arme Kinder das kostenlose Mittagessen in Kita oder Schule. Die Kinder haben aber ein Recht auf diese Leistung. Der Kinderschutzbund fordert deshalb eine schnelle und unbürokratische Geldleistung, die den Wegfall kompensiert.“

Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer

„Sehr viele Kinder sind die Verliererinnen und Verlierer der Corona-Pandemie, das betrifft insbesondere arme Kinder. Ihre Eltern können die finanziellen und organisatorischen Belastungen der Pandemie gar nicht oder nur sehr schlecht stemmen. Wenn dazu noch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geschlossen sind, das Schul- und Kitaessen wegfällt und gleichzeitig viele Tafeln nur eingeschränkt arbeiten können, bleiben diese Kinder sprichwörtlich auf der Strecke. Die Corona-Pandemie wird für sie langfristige, weit über die Krise hinaus andauernde negative Folgen haben.“

NaturFreunde Deutschlands, Uwe Hixsch, Mitglied im Bundesvorstand

„Bundestag und Bundesregierung müssen endlich handeln. Wer den sozial Benachteiligten die Kosten der Corona-Pandemie aufbürdet, handelt unsozial und unverantwortlich. Deshalb muss endlich eine bedarfsgerechte Sicherung für die Betroffenen beschlossen werden.“

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V., Wolfgang Schreck und Oliver Kunz, Vorstand

„Die DGVT unterstützt die Forderung „Soforthilfen für die Armen“. Durch die pandemiebedingten Mehrausgaben und durch den möglichen Wegfall von Einkommen sind gerade einkommenschwache Haushalte massiv betroffen. Das kann durchaus als Bedrohung und besondere Belastung erlebt werden, was mittlerweile unterschiedliche Studien zur psychischen Gesundheit während der Corona-Pandemie bestätigen. Die geforderten Soforthilfen braucht es daher an dieser Stelle dringend.“

ADRA Deutschland e.V., Christian Molke, geschäftsführender Vorstand

„Eine globale Pandemie darf nicht dazu führen, dass wir die Leiden unserer Mitmenschen ignorieren. Wir sind mit offenem Herzen und Augen für die Ärmsten der Armen in aller Welt tätig. Dasselbe erwarten wir auch von den politisch Verantwortlichen in unserem Land. Es schmerzt besonders, wenn in einem wohlhabenden Land wie Deutschland, Menschen, die es ökonomisch ohnehin schwer haben, durch die Pandemie besonders benachteiligt sind. Sie brauchen unsere unbedingte Solidarität!“

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Aron Schuster, Direktor

„Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion machen heute einen Großteil der Mitglieder in den jüdischen Gemeinden aus. Viele erzielen kein ausreichendes Versorgungsniveau, um ohne Grundsicherung im Alter auszukommen. Die Regelsätze der sozialen Grundsicherung decken bei Weitem nicht den erhöhten Bedarf während der Pandemie. Die ZWST unterstützt daher den Aufruf „Soforthilfen für die Armen - jetzt!“ und schließt sich der Forderung nach einer zumindest befristeten Erhöhung der Regelsätze an.“

Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Volkmar Proschwitz, Geschäftsführender Vorsitzender

„Die Armut in unserem Land nimmt leider immer mehr zu – insbesondere in dieser Zeit der Covid-19-Pandemie. Das darf nicht ignoriert werden. Von daher ist es jetzt unabdingbar, dass die Bundesregierung sehr zügig dagegen etwas unternimmt.“

Zukunftsforum Familie e.V., Britta Altenkamp, Vorsitzende

„Armut in Corona-Zeiten grenzt aus und hängt Kinder, Jugendliche und ihre Familien weiter ab, denn in der aktuellen Krisensituation zeigt sich erneut, wie stark die Bildungs- und Teilhabechancen vom Geldbeutel der Eltern abhängen: Nicht alle Kinder und Jugendlichen können am digitalen Unterrichtsgeschehen adäquat teilnehmen, da zu Hause das Geld für die technische Ausstattung nicht ausreicht. Oft fehlt ein Tisch oder auch ein eigenes Zimmer in einer beengten Wohnung, um in Ruhe Schularbeiten zu machen. Zum wiederholten Male fordern wir daher: Soforthilfen für die Armen – jetzt!“

Sozialverband VdK Deutschland e.V. , Verena Bentele, Präsidentin

„Dass die Hartz IV-Regelsätze an den Grundbedürfnissen der Menschen vorbeigehen, wissen wir nicht erst seit gestern. Es braucht jetzt schnelle, unbürokratische Unterstützung für diejenigen, die die Auswirkungen der Krise am stärksten spüren! Wir begrüßen, dass Minister Heil angekündigt hat, endlich einen Corona-Mehrbedarf zu gewähren. Wir fordern die Politik auf, jetzt zu handeln, nicht erst nach der Wahl. Neben den Grundsicherungsempfängern dürfen auch die anderen nicht vergessen werden: Menschen mit kleinem Einkommen, Erwerbsminderungsrentner und kinderreiche Familien sollten beispielsweise bei den Bezugsscheinen für medizinische Masken ebenfalls berücksichtigt werden. Die Zeit drängt.“